

Zeitschrift:	Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band:	47 (2020)
Artikel:	Kriegsmaterial im Kalten Krieg : Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit : Einleitung
Autor:	Dommann, Monika / Marti, Sibylle
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1077748

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kriegsmaterial im Kalten Krieg. Rüstungsgüter in der Schweiz zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit

Einleitung*

Monika Dommann und Sibylle Marti

Dass der Kalte Krieg bald zu Ende sein würde, ahnte zu Beginn der 1980er Jahre noch niemand: nicht jene 30'000 bis 40'000 Demonstrantinnen und Demonstranten, die im Dezember 1981 in Bern für ein atomwaffenfreies Europa demonstrierten;¹ auch nicht die Arbeitsgruppe, die im Oktober 1983 unter der Maxime «Für das Leben produzieren» in Bern eine Tagung über Alternativen zur Rüstungsproduktion und Waffenausfuhr organisierte, deren Ergebnisse in eine umfassende Broschüre mündeten, in der Historiker und Sozialwissenschaftler aus dem Kreis der Friedensbewegung (ausschliesslich Männer!) die Schweizer Rüstungsproduktion, den Handel mit Rüstungsgütern sowie die Möglichkeiten der Rüstungskonversion erörterten.² Und wohl auch nicht die Soziolog/innen Beat Fux und Eva Nadai, die ebenfalls 1983 die Verflechtungen zwischen Militär, Industrie und Politik mittels sozialwissenschaftlicher Methoden untersuchten und dabei der Frage nachgingen, ob sich auch in der Schweiz von einem militärisch-industriellen Komplex (MIK) sprechen liesse.³ Der Terminus «MIK» ist ursprünglich in der politischen Sprache der USA populär geworden: Präsident Dwight D. Eisenhower hatte

* Das vorliegende Themenheft ist aus einem Panel an den 4. Schweizerischen Geschichtstagen im Juni 2016 in Lausanne hervorgegangen. Die Herausgeberinnen danken Anna Baumann, Gianluca Pardini, Michiel van Gulpen und Karin Schraner für die Unterstützung bei den Recherchen und dem/der anonymen Reviewer/in für den hilfreichen Kommentar.

¹ Für eine zeitgenössische Bestandsaufnahme vgl. Ruedi Epple, Die Schweizerische Friedensbewegung. Alte Wurzeln – neue Blüten, in: SVPW Jahrbuch 26 (1986), S. 193–210.

² Tagungssekretariat «Für das Leben produzieren» (Hg.), Waffenplatz Schweiz. Beiträge zur schweizerischen Rüstungsindustrie und Waffenausfuhr, Bern 1983.

³ Beat Fux, Eva Nadai, Strukturen des militärisch-industriellen Komplexes in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 9/2 (1983), S. 257–288.

ihn im Januar 1961 in seiner letzten Ansprache an das amerikanische Volk geprägt, als er angesichts der massiven Aufrüstung während des laufenden Kalten Krieges vor einer Einflussnahme der Rüstungsindustrie auf die demokratischen Prozesse warnte. Anschliessend durchlief der Begriff eine Karriere, die von der Ideologiekritik in den 1960er und 1970er Jahren bis zur Wissenschafts- und Technikforschung in den 1980er Jahren reicht. Neben einer Begriffsklärung interessierten sich Fux und Nadai für die Erörterung von Methoden zur Erforschung der Frage, inwiefern Verbindungen zwischen Industrie, Militär und Politik als Mittel der Machtausübung dienten. Allerdings erwies sich bereits die Datensuche als ein Problem, da sich die institutionellen Eliten der Schweiz durch eine «restriktive Informationspolitik» bezüglich der Offenlegung von einschlägigen Informationen auszeichneten, etwa hinsichtlich von Angaben über Verwaltungsratsmandate bei Rüstungskonzernen, Offiziersränge oder Chargen in der Bundesrüstungsindustrie.⁴ Fux und Nadai kamen zum Ergebnis, dass die Rede von einem MIK «sinnvoll ist»: Besonders enge Verflechtungen seien zwischen der Politik und der Wirtschaft zu beobachten, während die Verwaltung des *Eidgenössischen Militärdepartements* (EMD) und die Bundesrüstungsbetriebe ein «Eigenleben führen» würden, das nicht in den schweizerischen MIK integriert sei, wiewohl die entscheidenden Kreise des Militärs stark mit dem Komplex interagieren würden.⁵

Die Arbeitsgruppe *Für das Leben produzieren* und die Soziolog/innen Fux und Nadai initiierten ihre Studien inmitten der gesteigerten gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für militärische Fragen im Kontext der Friedensbewegung und der Gründung der *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee* (GSoA) während des von erneutem Wettrüsten geprägten so genannten Zweiten Kalten Krieges zu Beginn der 1980er Jahre.⁶ Das von Fux und Nadai aufgegriffene Deutungsmuster des MIK als einer Kategorie, die aus dem Kalten Krieg

4 Ebd., S. 276.

5 Ebd., S. 286f.

6 Auch die Geschichte der Militärdienstverweigerung in der Schweiz während der Endphase des Kalten Krieges ist jüngst in die Aufmerksamkeit der Geschichtsforschung gerückt. Vgl. Andrea Schweizer, *Die Beratungsstelle für Militärverweigerer. Militärkritik und Obstruktion in der Schweiz 1981–1989*, MA Thesis, Historisches Seminar, Universität Zürich 2017.

selber stammt, verdeutlicht beispielhaft, wie stark der Systemkonflikt als Referenz- und Interpretationsrahmen auch in der Schweiz präsent war. Trotz solcher Anstösse sind sozialwissenschaftliche oder historische Studien, welche den Verbindungen von Militär, Industrie und Politik hinsichtlich der Rüstungsproduktion und des Handels mit Rüstungsgütern für die Schweiz im Kalten Krieg nachgehen, bis heute eine Seltenheit geblieben.

Etwas anders stellt sich die Forschungslage in Bezug auf die Grossmächte und ihre Bündnispartner dar: Die *Science and Technology Studies* beziehungsweise *Science and Technology in Society Studies* (STS) entdeckten in der Endphase des Kalten Krieges die Verwobenheit von Wissenschaft und Militär insbesondere in den USA als Forschungsfeld und interessierten sich dabei auch für die weiter zurückreichende Geschichte dieses Beziehungsgeflechtes.⁷ Bereits seit den 1880er Jahren lassen sich in Grossbritannien erste Ansätze einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Militär, Wissenschaft und Industrie beobachten. In Deutschland kooperierte das Militär seit 1900 mit der Industrie und der Wissenschaft; eine Tendenz, die sich durch die Gründung der Militärtechnischen Akademie 1903 institutionalisierte.⁸ Der Zweite Weltkrieg mit den *Big Science*-Projekten in der Atom- und Radarforschung und der Atombombe als Kulminationspunkt technischer Systeme veränderte das Verhältnis zwischen Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft und legte die Grundstruktur für deren Zusammenwirken im Kalten

⁷ Everett Mendelsohn, Merritt Roe Smith, Peter Weingart (Hg.), *Science, Technology and the Military*, 2 Bände, Dordrecht etc. 1988 (Sociology of the Sciences 12); Stuart W. Leslie, *The Cold War and American Science. The Military-Industrial-Academic Complex at MIT and Stanford*, New York 1993; Wim A. Smit, *Science, Technology, and the Military*, in: Sheila Jasanoff et al. (Hg.), *Handbook of Science and Technology Studies*, Thousand Oaks 1995, S. 598–626. Und die Neuauflage: Brian Rappert, Brian Balmer, John Store, *Science, Technology, and the Military. Priorities, Preoccupations and Possibilities*, in: Edward J. Hackett, Olga Amsterdamska, Michael Lynch, Judy Wajcman (Hg.), *The Handbook of Science and Technology Studies*, Cambridge/MA, London 2008, S. 719–773.

⁸ Helmut Trischler, Hans Weinberger, *Engineering Europe. Big Technologies and Military Systems in the Making of 20th Century Europe*, in: *History and Technology* 21/1 (2005), S. 49–83.

Krieg.⁹ Die STS beförderten diesbezüglich neue Fragen, etwa nach der Einflussnahme des Militärs auf die Wissenschaft, nach den Implikationen von Praktiken der Geheimhaltung in militärnaher Forschung oder nach den Möglichkeiten der Transformation von Rüstungsbetrieben für zivile Nutzungen.

Um den Kalten Krieg als globales Gravitationsfeld historisch zu begreifen, lässt sich in jüngster Zeit ein Zusammendenken militärhistorischer, wirtschaftshistorischer, technikhistorischer und wissenschaftshistorischer Perspektiven beobachten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Forschungen von David Edgerton zu Grossbritannien, der das Engagement des britischen Staates in der Rüstungsforschung und der Rüstungsproduktion zwischen 1920 und 1970 unter die Lupe genommen und dabei auch die Verbindungen zwischen dem *Ministry of Technology* (Mintech) und der Schiffbau-, der Luftfahrt- und der Elektronikindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Wirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahre beleuchtet hat.¹⁰ In einem Themenheft zur Rolle von Technik im Kalten Krieg haben die Autor/innen insbesondere die wissenschaftlichen Kooperationen in den Fokus gerückt.¹¹ Karin Zachmann hat dabei in ihren einleitenden Überlegungen betont, dass bislang in der Forschung vor allem Schlüsseltechnologien wie die Kern-, Computer- und Automatisierungstechnik untersucht worden seien und dass mehr Forschung benötigt werde, welche auf die Verknüpfung von regionalen, nationalen und transnationalen Perspektiven dränge sowie die Technik- und die Zeitgeschichte stärker verbinde.

⁹ Zum Engagement der Schweiz im Kontext europäischer bzw. internationaler *Big Science*-Kooperationen während des Kalten Krieges vgl. Bruno J. Strasser, The Coproduction of Neutral Science and Neutral State in Cold War Europe. Switzerland and International Scientific Cooperation, 1951–69, in: *Osiris* 24 (2009), S. 165–187; Bruno J. Strasser, Frédéric Joye, Une science «neutre» dans la Guerre froide? La Suisse et la coopération scientifique européenne (1951–1969), in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 55/1 (2005), S. 95–112; Bruno J. Strasser, Frédéric Joye, L’atome, l’espace et les molécules. La coopération scientifique internationale comme nouvel outil de la diplomatie helvétique (1951–1969), in: *Relations internationales* 121 (2005/1), S. 59–72.

¹⁰ David Edgerton, *Warfare State. Britain, 1920–1970*, Cambridge 2006.

¹¹ Karin Zachmann, Helmut Maier (Hg.), *Technik im Kalten Krieg* (Themenheft), *Technikgeschichte* 80/3 (2013).

An diese Überlegungen knüpft das vorliegende Themenheft an. Indem mit der Schweiz ein dezentraler Schauplatz des Kalten Krieges in den Fokus gerückt wird, wenden wir den Blick von den Supermächten ab und richten ihn auf einen relativ kleinen, «neutralen» Staat mit einer offenen Volkswirtschaft. Damit wollen wir einen Beitrag zur Frage leisten, wie sich in Ländern, die nicht im Zentrum des Systemkonflikts standen, das Zusammenspiel zwischen Regierung, Industrie und Hochschule bei der Herstellung und Beschaffung von Waffensystemen, Militärtechnologien und Verteidigungsmitteln sowie dem Handel mit Rüstungsgütern entwickelte.

Die Geschichte der Rüstungsgüterproduktion und des Kriegsmaterialhandels ist für die Schweiz während des Kalten Krieges erst in Ansätzen erforscht. Die vorhandenen Forschungsbeiträge stammen vorwiegend aus dem Bereich der Militär- und Politikgeschichte, der Geschichte internationaler Beziehungen und der *Security Studies*. Dabei liegen etliche Untersuchungen und Fallstudien zu einzelnen thematischen Aspekten vor, während umfassendere und insbesondere neuere Überblickswerke oder Syntheseleistungen noch ausstehend sind.

Ein erster Strang historischer Forschung befasst sich mit der *Rüstungsgüterbeschaffung*. Das Kriegsmaterial für die Schweizer Armee wurde im Kalten Krieg entweder von staatlichen Werkstätten oder privaten Unternehmen selber entwickelt, von diesen unter Lizenz hergestellt oder aus westlichen Ländern importiert. Aufgrund des Milizsystems war der Rüstungssektor von einer ineinander verflochtenen Akteursstruktur geprägt, die auf engen personellen und institutionellen Verbindungen zwischen Militär, Politik, Wirtschaft und Medien basierte.¹² Wie Alexandre Vautravers herausgearbeitet hat, nahm die *Kriegstechnische Abteilung* (KTA) des EMD im frühen Kalten Krieg bei der Rüstungsgüterbeschaffung eine Schlüsselposition ein, indem sie gleichzeitig eine Doppelrolle als Auftraggeberin und (Mit-)Herstellerin von Kriegsmaterial innehatte. Die Ideologie der Rüstungspolitik war zu diesem

¹² Christoph Wyniger, Im Spannungsfeld von Militär, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Schweizer Rüstungsgüterbeschaffung im Kalten Krieg, in: Dieter H. Kollmer (Hg.), *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, Freiburg i. Br., Berlin, Wien 2015, S. 215–238; Rudolf Jaun, Einleitung, in: Rudolf Jaun, David Rieder (Hg.), *Schweizer Rüstung. Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, 1), S. 10–12.

Zeitpunkt wesentlich von einer seitens der KTA, der Landesverteidigungskommission und dem Bundesrat gemeinsam getragenen Vorstellung von Autarkie und Unabhängigkeit geprägt. Im Verlauf des Kalten Krieges wurde das Autarkiekonzept sukzessive zugunsten von Kooperationslösungen, Käufen oder Lizenzproduktionen aufgegeben und die inländische Produktion zwischen privaten und staatlichen Unternehmen aufgeteilt.¹³

Marco Wyss hat sich in seinen einschlägigen Studien hauptsächlich mit dem Kauf von Waffensystemen und -technologien aus Grossbritannien befasst, das im frühen Kalten Krieg zum wichtigsten Kriegsmateriallieferanten für die Schweiz avancierte. Dass die Wahl hauptsächlich auf britische Rüstungsgüter fiel, war weniger strategischen Überlegungen als vielmehr gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeiten geschuldet. Als Grossbritannien während des Korea-Krieges die gewünschten Waffensysteme nicht mehr liefern konnte, trat Frankreich als Konkurrent in Erscheinung und auch die USA waren nun bereit, der Schweiz Kriegsmaterial zu liefern. Damit fand eine Eingliederung ins westliche Waffentransfersystem statt.¹⁴ Hier wird

¹³ Alexandre Vautravers, *L'armement en Suisse. Un secteur économique et stratégique particulier*, in: Rudolf Jaun, David Rieder (Hg.), *Schweizer Rüstung. Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, 1), S. 14–29; Alexandre Vautravers, *L'armement en Suisse depuis 1850. Carrefour des armées, de la technique et de l'économie*, Dissertation Universität Genf und Universität Lyon2 2004; Alexandre Vautravers, *L'innovation dans le secteur de l'armement en Suisse. Marchés publics – sociétés mixtes*, in: *Innovationen*, hrsg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 17 (2001), S. 347–365.

¹⁴ Marco Wyss, «A Considerable Windfall of Swiss Francs». La politique d'armement britannique envers la Suisse au début de la Guerre Froide, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 65/2 (2015), S. 230–248; Marco Wyss, *Arms Transfers, Neutrality and Britain's Role in the Cold War. Anglo-Swiss Relations 1945–1958*, Leiden, Boston 2013; Marco Wyss, Importations d'armes et intérêts économiques suisses au début de la Guerre froide, in: Rudolf Jaun, David Rieder (Hg.), *Schweizer Rüstung. Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, 1), S. 46–57; Marco Wyss, Neutrality in the Early Cold War. Swiss Arms Imports and Neutrality, in: *Cold War History* 12/1 (2012), S. 25–49; Marco Wyss, Abhängigkeit wider Willen oder Drang zum Westen? Die einseitigen Rüstungsbeschaffungen und -lieferungen der Schweiz im frühen Kalten Krieg, in: Sandra Bott, Janick Marina Schaufelbuehl, Sacha Zala (Hg.), *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges*, Basel 2011 (Itinera, 30), S. 31–45; Marco

deutlich, wie das Konzept der bewaffneten Neutralität die Neutralität (politik) und die damit verbundenen Autarkievorstellungen unterminierte, weil «neutrale» Staaten wie die Schweiz oder Schweden zur Ausrüstung ihrer Streitkräfte von Technologietransfers und Waffenimporten abhängig waren.¹⁵ Gleichzeitig kam es zwischen diesen beiden «neutralen» Ländern zu einer – in ihrem Ausmass allerdings beschränkten – militärischen Zusammenarbeit.¹⁶

Forschungsbeiträge existieren zudem zu einzelnen, politisch bisweilen stark umstrittenen Projekten der Eigenentwicklung oder Beschaffung von Rüstungsgütern, so zu Kampfpanzern, aber auch zu Raketensystemen und Militärflugzeugen.¹⁷ Verschiedene Studien finden sich auch zur in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zunächst im Geheimen verfolgten Herstellung beziehungsweise Beschaffung einer schweizerischen Atombombe.¹⁸

Wyss, Jet Propulsion Technology in Switzerland. Introduction without Production in the Emerging Cold War, 1945–1949, in: *Traverse* 17/3 (2010), S. 113–124; Mauro Mantovani, Schweizerische Sicherheitspolitik im Kalten Krieg (1947–1963). Zwischen angelsächsischem Containment und Neutralitäts-Doktrin, Zürich 1999, besonders S. 123–159.

¹⁵ Mikael Nilsson, Marco Wyss, The Armed Neutrality Paradox. Sweden and Switzerland in US Cold War Armaments Policy, in: *Journal of Contemporary History* 51/2 (2016), S. 335–363.

¹⁶ Eric Flury-Dasen, Die Schweiz und Schweden vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1970. Neutralitätspolitik, militärische Kooperation, Osthandel und Korea-Mission, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 54/2 (2004), S. 123–145.

¹⁷ Rudolf Jaun, David Rieder (Hg.), *Schweizer Rüstung. Politik, Beschaffungen und Industrie im 20. Jahrhundert*, Baden 2013 (Serie Ares, 1), darin vor allem die Beiträge von Julien Grand und Marc Lutz (Flugzeuge), Christian Hug, Hervé de Weck und Christoph Wyniger (Panzer) und Patrik Ernst (Raketen); Alexandre Vautravers, Améliorations, imitations et licences. Le développement des chars suisses (1942–2002), in: *Travaux et Recherches/Beiträge zur Forschung* 2/2005. *La Suisse/Die Schweiz 1945–1990*, Bern 2005, S. 75–99.

¹⁸ Zur Option einer schweizerischen Atombombe siehe grundlegend: Mauro Cerutti, *Neutralité et sécurité. Le projet atomique suisse 1945–1969*, in: Sandra Bott, Janick Marina Schaufelbuehl, Sacha Zala (Hg.), *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges*, Basel 2011 (Itinera, 30), S. 47–63; Peter Hug, Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz zwischen militärischen Interessen und privatwirtschaftlicher Skepsis, in: Bettina Heintz, Bernhard Nievergelt (Hg.), *Wissenschafts- und Technikforschung in der*

Ein zweites Feld historischer Studien untersucht den *Rüstungsgüterhandel*, wobei die vorhandenen Forschungsbeiträge die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr- und Rüstungsgüterkontrollpolitik fokussieren.¹⁹ Wie Reto Moosmann gezeigt hat, plädierte das EMD in der Nachkriegszeit für die Aufhebung des generellen Ausfuhrverbotes von Rüstungsgütern mit dem Argument, Exportgeschäfte würden die einheimische Rüstungsindustrie und dadurch auch die schweizerische Wehrbereitschaft stärken. Demgegenüber setzte sich das *Eidgenössische Politische Departement* (EPD) für restriktivere Ausfuhrbestimmungen ein, rückte im Verlaufe des Kalten Krieges jedoch immer weiter von dieser Position ab. Der Ost-West-Konflikt prägte die Ausgestaltung der Kriegsmaterialausfuhrpolitik, denn spätestens seit der Unterzeichnung des Hotz-Linder-Abkommens beziehungsweise der Beteiligung der Schweiz am Embargo des *Coordinating Committee on Multilateral Export Controls* (CoCom) im Jahr 1951 war der Export von Rüstungsgütern in Oststaaten verboten, während die Lieferung von Kriegsmaterial in Länder des Westens ohne weiteres möglich war. Auch Kriegsmateriallieferungen in den Nahen Osten oder in afrikanische Staaten wurden bewilligt. Insgesamt war die schweizerische Rüstungsgüterexportpolitik in den 1950er und 1960er

Schweiz. Sondierungen einer neuen Disziplin, Zürich 1998, S. 225–242; Dominique Benjamin Metzler, Die Option einer Nuklearbewaffnung für die Schweizer Armee 1945–1969, in: Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs 23 (1997), S. 121–169; Jürg Stüssi-Lauterburg, Historischer Abriss zur Frage einer Schweizer Nuklearbewaffnung, [Bern] 1995; Peter Hug, La genèse de la technologie nucléaire en Suisse, in: Relations internationales 68 (1991), S. 325–344; Peter Hug, Geschichte der Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz, Lizentiatsarbeit Universität Bern 1987. Für die Frage der biologischen und chemischen Waffen siehe: Peter Hug, Biologische und chemische Waffen in der Schweiz zwischen Aussen-, Wissenschafts- und Militärapolitik, in: Rüstung und Kriegswirtschaft (Themenheft), Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs 23 (1997), S. 15–120.

¹⁹ Einen älteren und eher kurSORischen Überblick bietet: François Godet, La Politique suisse en matière d'exportation de matériel de guerre, in: Alois Riklin, Hans Haug, Raymond Probst (Hg.), Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, Stuttgart, Wien 1992, S. 973–987.

Jahren stark von aussenwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Argumenten bestimmt.²⁰

Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten bis zum Ende des Kalten Krieges nahm die Schweiz keine aktive Rolle bei Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen ein, sondern beschränkte sich vor dem Hintergrund des laufenden Kalten Krieges, der Neutralitätsdoktrin und des Entscheids gegen einen UNO-Beitritt in erster Linie auf die Unterzeichnung beziehungsweise Ratifizierung internationaler Rüstungskontrollverträge, so etwa des Moskauer Atomteststoppabkommens 1964 und der Biowaffenkonvention 1976. Aufgrund von Interessenkonflikten verzögerte sich indessen der Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag über mehrere Jahre: Die Unterzeichnung durch den Bundesrat erfolgte nach einem längeren Entscheidungsfindungsprozess 1969, die Ratifizierung erst 1977.²¹

Weitere Forschungsbeiträge fokussieren die Praxis bestimmter Rüstungsexporte, wobei bislang vor allem lateinamerikanische Länder beziehungsweise Militärdiktaturen, darunter auch Franco-Spanien, im Zentrum standen.²² Aus einer Entwicklungspolitischen Perspektive wurden dabei unter

²⁰ Reto Moosmann, Die Verwässerung des «generellen Ausfuhrverbots» im Dienste von Armee und Rüstungsindustrie. Zur Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundesrates in den 1950er und 60er Jahren, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 56/2 (2006), S. 152–167; Reto Moosmann, Die «ständige bündesrätliche Praxis» der Kriegsmaterialausfuhrverbote. Vom «generellen» zum «länderspezifischen Ausfuhrverbot» – Die Kriegsmaterialausfuhrpolitik des Bundesrates in den 1950er und 60er Jahren, Lizentiatsarbeit Universität Bern 2005.

²¹ Reto Wollenmann, Zwischen Atomwaffe und Atomsperrvertrag. Die Schweiz auf dem Weg von der nuklearen Option zum Nonproliferationsvertrag (1958–1969), Zürich 2004 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 75); Andrea E. Heinzer, Swiss Arms Control Policy. From Abstention to Participation, in: Jürg Martin Gabriel, Thomas Fischer (Hg.), Swiss Foreign Policy, 1945–2002, Basingstoke 2003, S. 159–185; Stefan Brem, Andrea Heinzer, Thomas Bernauer, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Schweiz. Schweizer Beiträge zur Stärkung internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime, NFP 42 Synthesis 48, Bern 2000.

²² Zu den Rüstungsexporten in das diktatorisch regierte Spanien siehe: Moisés Prieto, Unerhörte Appelle. Moral-Diskurs am Beispiel der spanisch-schweizerischen Waffenausfuhr und des Spanien-Tourismus, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 66/1 (2016), S. 49–79. Vgl. auch den Beitrag von Manuel Klaus in diesem Heft.

anderem die hohen Ausgaben finanzschwacher Länder sowie die Unterstützung militärischer beziehungsweise repressiver Machtstrukturen kritisiert. Gleichzeitig schützten die Schweizer Behörden während des Kalten Krieges die Interessen der einheimischen privaten Rüstungsgüterindustrie und der Schweizer Armee.²³

Ein dritter Themenkreis geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen beschäftigt sich mit der *zivilgesellschaftlichen Kritik* an der Rüstungsindustrie und am Kriegsmaterialhandel. Erste Arbeiten entstanden zunächst vor allem im Umfeld der politischen Linken, genauer der Friedensbewegung und der armeekritischen beziehungsweise antimilitaristischen Bewegung.²⁴ Besondere Aufmerksamkeit erfuhren diejenigen Rüstungsgeschäfte, die innenpolitische oder auch internationale Skandale ausgelöst hatten und dementsprechend in der Öffentlichkeit und den Medien breit rezipiert wurden, so etwa der Mirage-Skandal 1964,²⁵ der Bührle-Skandal Ende der 1960er Jahre²⁶ und die Pila-

²³ Thomas Fischer, Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr nach Lateinamerika in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Rüstung und Kriegswirtschaft (Themenheft), Studien und Quellen. Zeitschrift des Schweizerischen Bundesarchivs 23 (1997), S. 171–207; Walther L. Bernecker, Thomas Fischer (Hg.), *Unheimliche Geschäfte. Schweizer Rüstungsexporte nach Lateinamerika im 20. Jahrhundert*, Zürich 1991.

²⁴ So z. B.: Roman Schürmann, *Helvetische Jäger. Dramen und Skandale am Militärhimmel*, Zürich 2009; Heinz Looser, Christina Kolbe, Roland Schaller, Sandra Brutschin, Gregor Sonderegger, Christian Dütschler, Simona Gambini (Hg.), *Die Schweiz und ihre Skandale*, Zürich 1995, darin vor allem die Beiträge von Christian Kolbe und Ruedi Tobler zum Mirage- bzw. Bührle-Skandal.

²⁵ Vgl. dazu u. a. Manuel Klaus, Der Bundesrat als kollektive Skandalfigur während des Kalten Kriegs?, in: *Traverse. Zeitschrift für Geschichte* 22/3 (2015), S. 102–114, besonders S. 105f.

²⁶ Zum Bührle-Skandal findet sich in den Diplomatischen Dokumenten der Schweiz (Dodis) umfangreiches Material; einen Einstieg bietet das «e-Dossier» mit dem Titel «Bührle-Affäre». Vgl. auch die Beiträge von Magnus Meister und Manuel Klaus in diesem Heft. Zudem sei auf das von Matthieu Leimgruber (Universität Zürich) geleitete Forschungsprojekt «Kontextualisierung der Sammlung E. G. Bührle» hingewiesen, das ausgehend von der Kunstsammlung E. G. Bührles die Verbindungen, Interessenkonvergenzen und Interessenkonflikte zwischen Wirtschaft, Politik und Kunstmarkt vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht.

tus-Affäre Ende der 1970er Jahre²⁷. Während es bei der Mirage-Affäre um eine enorme Kostenüberschreitung bei der Beschaffung des gleichnamigen Kampfflugzeuges ging, wurde beim Bührle-Skandal bekannt, dass die Firma Oerlikon-Bührle illegal Waffen in die Konfliktländer Südafrika und Nigeria exportiert hatte. Bei der Pilatus-Affäre wurde publik, dass Flugzeuge der Pilatuswerke, die ebenfalls zum Unternehmen Oerlikon-Bührle gehörten, unter anderem nach Burma, Bolivien, Mexiko und Guatemala sowie später auch in den Irak und nach Iran geliefert wurden und mit nur geringfügigen Änderungen mit Bomben ausgerüstet werden konnten. Hier zeigt sich – wir kommen auf diesen Punkt zurück – die Problematik von Dual-Use-Produkten, das heisst von (Rüstungs-)Gütern, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können.²⁸

Inwiefern war – so lässt sich vor dem Hintergrund des referierten Forschungsstandes fragen – die Schweiz während des Kalten Krieges eine Kriegsmaterialproduzentin, die auch auf internationalem Terrain eine Rolle spielte? Inwieweit wurden die Herstellung und der Handel mit militärischen Gütern ermöglicht und gefördert, wo aber auch eingeschränkt oder gar verboten? Welche politischen Positionen und gesetzlichen Grundlagen, aber auch welche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und technischen Entwicklungen beeinflussten die Produktion von Rüstungsgütern in der Schweiz und deren Export? Wie präsentierte das Militär seine Rüstungsgüter der Öffentlichkeit im Inland zwecks Legitimierung der Kriegsbereitschaft und der Rüstungsbudgets? Welche nationalen Bezugspunkte und internationalen Entwicklungen prägten aussenpolitische Strategien und ökonomische Kalkü-

²⁷ Jean-Marie Pellaux, *L'affaire Pilatus. Les milieux engagés et la Suisse officielle face aux exportations d'armes (1978–1985)*, Fribourg 2008 (Aux sources du temps présent, 17).

²⁸ Zur Ausfuhr von Dual-Use-Gütern der schweizerischen Uhrenindustrie während des Vietnamkrieges siehe: David Gaffino, *La Suisse et la course vers la paix au Viêt-Nam. Une neutralité encombrante*, in: Sandra Bott, Janick Marina Schaufelbuehl, Sacha Zala (Hg.), *Die internationale Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges*, Basel 2011 (Itinera, 30), S. 81–99; Christian Schaniel, «Explosive» Exporte in die USA. Schweizer Zahnräder und Getriebe als Zünderbestandteile im Vietnamkrieg 1965–1973, in: *Saggi di Dodis* 1 (2019/3), DOI: <https://doi.org/10.22017/S-2019-3> (29.8.2019).

le in diesem Geschäftsbereich? Liesse sich gar von einem schweizerischen MIK sprechen?

Die bereits von den Soziolog/innen Fux und Nadai in den 1980er Jahren aufgeworfene Frage nach einem möglichen schweizerischen MIK hat jüngst in einem Sammelband, in welchem die Rüstung(spolitiken) verschiedener westeuropäischer Länder, der USA und der UdSSR nach 1945 miteinander verglichen worden sind, erneute Aufmerksamkeit erfahren.²⁹ Aufgrund der der Analyse zugrunde gelegten Definition wurde in Bezug auf die Schweiz geschlussfolgert, dass diese wegen ihrer bescheidenen Grösse und der geringen internationalen Bedeutung der schweizerischen Rüstungsindustrie über keinen MIK verfüge.³⁰ Eine Argumentation, die auf eine bestimmte Definition des MIK setzt und diese auf verschiedene Nationen anwendet, läuft allerdings Gefahr, den Blick auf interessante und historisch spezifische Zusammenhänge zu verstellen, zumal mit der Kategorie des MIK ein Deutungsmuster des Kalten Krieges reproduziert wird, dessen Rezeptionsgeschichte selbst kritisch zu historisieren wäre.

Differenzierter und historisch akkurate fällt diesbezüglich das Ergebnis von David Gugerli, Patrick Kupper und Daniel Speich aus, die in ihrer Geschichte der *Eidgenössischen Technischen Hochschule* (ETH) Zürich der Frage nachgegangen sind, ob die ETH als Bestandteil eines schweizerischen MIK erachtet werden könne.³¹ Für die Zeit des Zweiten Weltkrieges verneinen die Autoren diese Frage entschieden. Zwischen der *Kriegstechnischen Abteilung* (KTA) des EMD und der ETH habe bis nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend Funkstille geherrscht, sehr zum Bedauern einzelner Professoren sowie einiger Schülerratsmitglieder. Bei der Flugzeugabwehr und dem Flugzeugbau sei es trotz Bemühen der ETH seit Beginn der 1930er Jahre zu keiner Kooperation mit dem Militär gekommen. Erst im beginnenden Kalten

²⁹ Dieter H. Kollmer (Hg.), *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, Freiburg i. Br., Berlin, Wien 2015.

³⁰ Dieter H. Kollmer, *Militärisch-Industrielle Komplexe vs. Rüstungsinterventionismus. Rüstung in Europa und Nordamerika nach 1945 im Vergleich*, in: Ders. (Hg.), *Militärisch-Industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg*, Freiburg i. Br., Berlin, Wien 2015, S. 1–26, hier S. 15.

³¹ David Gugerli, Patrick Kupper, Daniel Speich, *Die Zukunftsmaschine. Konjunkturen der ETH Zürich 1855–2005*, Zürich 2005, hier S. 228–231.

Krieg habe das Interesse der Militärbehörden an der ETH zugenommen, was sich etwa in der Forderung nach einer Einsatznahme der Landesverteidigungskommission im Schulrat manifestiert habe; ein Begehr, das die ETH jedoch ablehnte. Auch in den 1950er Jahren sei die Kooperation von Wissenschaft und Militär deshalb in erster Linie auf privater Basis vorangetrieben worden.

Wiewohl es tatsächlich wenig sinnvoll erscheint, von einem schweizerischen MIK zu sprechen, zeigen die in diesem Themenheft versammelten Fallstudien doch klar, dass auch in der Schweiz vielfältige militärisch-industrielle Kooperationsbeziehungen bestanden, die Rüstungsindustrie auf die Formulierung der Rüstungspolitik Einfluss nahm oder dies zumindest mit Vehemenz versuchte und Kriegsmaterialexporte sowohl als volkswirtschaftlich bedeutsam galten als auch innenpolitisch umkämpft waren.

Das vorliegende Themenheft vereinigt fünf in chronologischer Reihenfolge präsentierte Fallstudien, die Schweizer Rüstungsgüter für die Zeit des Kalten Krieges in ihren vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Militär, Industrie, Politik und Öffentlichkeit in den Blick nehmen und die vorhandene historische Forschung damit ergänzen, erweitern und differenzieren. Zusammenfassend lassen sich deren empirische Befunde zu den folgenden Thesen verdichten:

Erstens verdeutlichen die Beiträge die engen Verflechtungen von Militär und Industrie bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern während des Kalten Krieges. Befeuer durch das Milizsystem führten diese Verbindungen insbesondere zu Beginn des Kalten Krieges zu einem regen Austausch von Wissen, Know-how und Personal. Gleichzeitig wurde seitens der Rüstungsindustrie mitunter intensives Lobbying bei den Bundesbehörden betrieben, etwa wenn es darum ging, regulatorische Exporthindernisse abzubauen oder umstrittene Rüstungsgeschäfte zu bewilligen.

Damit verbunden weisen die Beiträge *zweitens* auf die vielfältigen Konfliktlinien hin, die zwischen der staatlichen und der privaten Rüstungsindustrie, aber auch zwischen den verschiedenen Departementen der Bundesverwaltung und sogar innerhalb des EMD vorhanden waren. Die Beziehungen zwischen der KTA respektive den staatlichen Rüstungsbetrieben und den privaten Rüstungsunternehmen wechselten je nach Beschaffungsprojekt zwischen Konkurrenz, Zusammenarbeit und Abhängigkeit. Trotz aller Konflikte, die aus diesen unterschiedlichen Konstellationen resultierten, zeigt sich

aus sicherheitspolitischen und ökonomischen Gründen ein bedeutendes staatliches Interesse und anhaltendes Bekenntnis zu einer starken privaten Rüstungswirtschaft, die sowohl zur nationalen Verteidigung als auch zur einheimischen Volkswirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten soll. Die Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Departementen und Abteilungen der Bundesverwaltung betrafen vor allem Fragen der Vorherrschaft bezüglich der Definition sowie der Ausgestaltung von Rüstungspolitik und Rüstungsexport. Hier vertraten insbesondere das EPD und das EMD häufig verschiedene Ansichten, die mit einer unterschiedlichen Gewichtung der Anforderungen der Aussenpolitik beziehungsweise der Landesverteidigung zusammenhingen. Auseinandersetzungen innerhalb des EMD hingegen waren hauptsächlich Machtkämpfen zwischen einzelnen Abteilungen geschuldet.

Drittens machen die Beiträge klar, als wie zentral und persistent sich Konzepte und Vorstellungen von schweizerischer Autarkie und Unabhängigkeit während des Kalten Krieges erwiesen. Diese in erster Linie ideologischen Argumente konnten dabei verschiedene nationale Handlungsstrategien rechtfertigen: So liessen sich damit sowohl Eigenfabrikationen von Kriegsmaterial als auch Exportgeschäfte zur Deckung von Forschungs- und Entwicklungskosten legitimieren. Der unabdingbare Import insbesondere von kostspieligen und anforderungsreichen Rüstungsgütern wie Panzern, Raketen und Flugzeugen verweist indessen auf die Grenzen dieser Bestrebungen und verdeutlicht gleichzeitig die konstitutive Abhängigkeit von internationalen, namentlich westlichen Technologietransfers und transnationalen ökonomischen Verflechtungen.

Viertens erweist sich in den Beiträgen die Dual-Use-Thematik als zentral. Der Export von Gütern, die wie die Pilatus-Flugzeuge sowohl zu militärischen als auch zivilen Zwecken verwendet werden konnten, war stets umstritten. Während Exportgegner auf die Möglichkeiten der kriegerischen (Um-)Nutzung dieser Produkte verwiesen, hoben Befürworter deren Unbedenklichkeit hervor. Nicht selten dienten die zivilen Verwendungszwecke auch zur Kaschierung von Kriegsmaterial. Das Dual-Use-Argument funktionierte somit strategisch auf beide Seiten und wurde je nach Situation und Ausgangslage unterschiedlich eingesetzt. Die Dual-Use-Problematik verweist damit auf das grundlegende Problem, genau zu bestimmen, was als Kriegsmaterial taxiert wird und was nicht. Hier machen die Beiträge des Heftes die historische Variabilität und (intendierte) Flexibilität und somit insgesamt die

Kontingenz von Definitionen deutlich. Auch die Konjunkturen des Kalten Krieges spielten in diesem Zusammenhang eine Rolle. So lassen sich etwa Strahlenmessgeräte als «Grenzfälle» verstehen, die unter den spezifischen Bedingungen des Kalten Krieges eine strategische Bedeutung erhielten und für eine bestimmte Zeit als Rüstungsgüter galten.

Fünftens zeigen die vorliegenden Fallbeispiele, wie stark die rechtliche Regulierung von Rüstungsgütern innen- und aussenpolitisch umkämpft war. So kam die Ergänzung des Bundesbeschlusses über das Kriegsmaterial 1951 wesentlich durch internationalen Druck, insbesondere seitens der USA, zustande. Gleich zu Beginn des Kalten Krieges fand damit eine militärisch-wirtschaftliche Eingliederung der Schweiz in den «Westen» sowie – damit verbunden – eine ideologische Positionierung im Ost-West-Konflikt statt. Der Erlass des Kriegsmaterialgesetzes 1972 geschah demgegenüber primär aufgrund von innenpolitischen Druck, da eine zeitgleiche eidgenössische Volksinitiative, die ein Verbot von Kriegsmaterialexporten forderte, in der Bevölkerung viel Sympathie genoss. Das neu geschaffene Kriegsmaterialgesetz bot indessen Schlupflöcher für die Interessen der Rüstungsindustrie. So konnten anstelle von Waffenlieferungen Lizenzverträge abgeschlossen oder – darauf haben wir schon hingewiesen – das Dual-Use-Argument vorgeschenken werden.

Sechstens schliesslich zeugen die versammelten Fallbeispiele von einer kontinuierlichen öffentlich-medialen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kritik an Rüstungsgüterbeschaffungen, Kriegsmaterialgeschäften und den personellen Netzwerken, welche für die mediale Repräsentation der Schweizerischen Landesverteidigung ausgewählt wurden und sich in einer Grauzone zwischen Privatwirtschaft, Militär und Politik bewegten. Diese Kritik zog bisweilen nicht nur die Einsetzung von verwaltungsinternen Expertenkommisionen nach sich, sondern äusserte sich auch in Form von Volksinitiativen, parlamentarischen Vorstössen und Debatten sowie Medienberichten, Satirebeiträgen und Protestaktionen. Diskussionen über Kriegsmaterial bilden somit immer auch Seismographen für sich wandelnde innenpolitische und gesellschaftliche Problemlagen.

Auf die Einleitung folgend fokussiert der Beitrag von *Cyril Schiendorfer* die Rolle der KTA bei der Rüstung(sgüterbeschaffung) der Schweizer Armee. Im Zuge des Korea-Krieges und der Doppelkrise von Ungarn und Suez fand auch in der Schweiz eine militärische Aufrüstung statt, wodurch die Tätigkei-

ten der KTA aufgrund der damit verbundenen grossen finanziellen Ausgaben vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerieten. Anlass zu medialer Kritik und parlamentarischen Debatten gab zum einen die Doppelfunktion der KTA, gleichzeitig Rüstungsprojekte in Auftrag zu geben und in Zusammenarbeit mit den bundeseigenen Regiebetrieben auch selber durchzuführen. Zum anderen wurde die als ineffizient und kostentreibend wahrgenommene Arbeitsweise der KTA beanstandet. In den 1950er und 1960er Jahren wurden deshalb mehrere Expertenkommissionen eingesetzt, um die KTA zu reorganisieren, ihre Aufgaben klarer zu regeln und ihre Abläufe wirtschaftlicher zu gestalten. Vor diesem Hintergrund führte die Frage nach den Kompetenzen der KTA wiederholt zu Konflikten und Spannungen innerhalb des EMD, aber auch zwischen dem Militär und der Politik sowie insbesondere zwischen dem Militär und der privaten Rüstungsindustrie, für welche die KTA beziehungsweise die staatliche Rüstungsindustrie eine Konkurrenz darstellten.

Sibylle Marti nimmt in ihrem Beitrag die Herstellung von Strahlenmessgeräten als Joint Venture zwischen Militär und Industrie in den Blick. Dabei wird untersucht, wie private Unternehmen, hauptsächlich die Zuger Firma Landis & Gyr, und militärische Stellen, hier insbesondere die KTA, kooperierten, um die eigenständige nationale Fabrikation von Radioaktivitätsnachweisgeräten voranzutreiben. Der Produktion und dem Handel mit Strahlenmessgeräten, die von Anfang der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre als Kriegsmaterial galten, kam für die Schweiz eine doppelte strategische Bedeutung zu: Ziel war zum einen, die Schweizer Armee mit fachlichem Know-how und Geräten zu versorgen. Zum anderen sollten die mit militärischen Ressourcen unterstützte Forschung und Entwicklung den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken. Landis & Gyr gelang es als Folge dieser engen Kooperation, eine international konkurrenzfähige Produktpalette im Bereich der Strahlenmesstechnik aufzubauen.

Im Zentrum des Beitrages von *Monika Dommann* steht der Film *Wehrhafte Schweiz*, der 1964 von einer Arbeitsgemeinschaft um die Werber Rudolf Farner und Hans Looser und den deutsch-amerikanischen Filmproduzenten Lothar Wolff für die Ausstellung der Landesverteidigung an der *Expo 64* in Lausanne produziert wurde. Die nationenüberschreitende Produktion mit einem niederländischen Regisseur und einer internationalen Equipe wurde zum Skandalon. Die Internationalität der Kriegsfilmindustrie

und das Projekt einer nationalen Ausstellung zur Darstellung schweizerischer Wehrkraft kollidierten, wodurch auch die Dissonanzen zwischen einer autark-nationalen und einer technokratisch-internationalen Repräsentation von Kriegsgütern manifest wurden.

Magnus Meister untersucht in seinem Beitrag den Export von Rüstungsgütern nach Iran Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre. In dieser Zeit avancierte der Iran zum wichtigsten Markt für schweizerisches Kriegsmaterial. Als wie bedeutend die Schweiz gute (Wirtschafts-)Beziehungen zum Iran erachtete, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich die schweizerischen Behörden trotz vehementer öffentlich-medialer Kritik sowohl am Regime des Schahs als auch an Waffenexporten schliesslich weder zu versprochenen Kontrollbesuchen noch zu für «Entwicklungsländer» angekündigten Lieferrestriktionen durchringen konnten. Vielmehr führten gemeinsame Interessen der Rüstungsunternehmen, des EMD, des EPD und der Exportindustrie dazu, dass die Waffenlieferungen nach Iran praktisch ungehindert fortgesetzt wurden.

Der Beitrag von *Manuel Klaus* befasst sich mit Exportgeschäften von Dual-Use-Gütern nach Lateinamerika in den 1970er und 1980er Jahren. Das 1972 erlassene Kriegsmaterialgesetz wirkte sich unterschiedlich auf den schweizerischen Waffenhandel in diese Region aus. Gegenüber der medial im Rampenlicht stehenden chilenischen Militärdiktatur schlug der Bundesrat nun eine härtere Gangart an und untersagte die Lieferung von Radschützenpanzern an die chilenische Polizei. Demgegenüber erlaubte er die Ausfuhr von anderen Dual-Use-Produkten, so namentlich von Flugzeugen und Nukleartechnologie, nach Argentinien. Die gesetzlichen Grundlagen liessen dem Bundesrat einen grossen Handlungsspielraum, um von Fall zu Fall zu entscheiden. In der Öffentlichkeit und im Bundesparlament war der – rechtlich grundsätzlich erlaubte – Export von Dual-Use-Gütern umstritten und wurde vor allem aus politisch linken und entwicklungspolitischen Kreisen bisweilen heftig kritisiert. Gleches galt für die ebenfalls stark kritisierten Lizenzgeschäfte, mit denen Schweizer Rüstungsfirmen Ausfuhrverbote erfolgreich umgehen konnten.

In seinem abschliessenden Kommentar ergänzt *Christian Kehrt* die fünf Schweizer Fallbeispiele mit einem Blick «von aussen». Dafür gilt ihm ein besonderer Dank.

Monika Dommann, Prof. Dr., Universität Zürich, Historisches Seminar, Karl Schmid-Strasse 4, CH – 8006 Zürich, monika.dommann@hist.uzh.ch

Sibylle Marti, Dr., FernUniversität in Hagen, Lehrgebiet Geschichte der Europäischen Moderne, Universitätsstrasse 33, D – 58097 Hagen, sibylle.marti@fernuni-hagen.de